

Anmeldung von Insolvenzforderungen durch das FA

Bundesfinanzhof, V-R-53/09, Urteil vom 24.08.2011

1. Insolvenzforderungen sind nach § 251 Abs. 3 AO während eines Insolvenzverfahrens nicht durch Steuerbescheid festzusetzen, sondern durch Verwaltungsakt festzustellen.
2. Masseforderungen können nicht zur Tabelle angemeldet und durch Feststellungsbescheid festgestellt werden, sondern sie müssen nach Eröffnung des Insolvenzverfahrens gegenüber dem Insolvenzverwalter durch Steuerbescheid festgesetzt werden.
3. Meldet das FA nicht titulierte Umsatzsteuerforderungen in einer Summe zur Insolvenztabelle an, so ist die Anmeldung wirksam erfolgt, wenn durch den Inhalt der Anmeldung sichergestellt ist, dass nur bestimmte Sachverhalte erfasst sind, die zur Verwirklichung der gesetzlichen Tatbestände des UStG geführt haben. Das ist bei einer durch Betrag und Zeitraum bezeichneten Umsatzsteuerforderung regelmäßig der Fall....

Kein Gestaltungsmissbrauch bei Einbringung einer privaten Verbindlichkeit in eine vermögensverwaltende Personengesellschaft

Bundesfinanzhof, IX-R-15/11, Pressemitteilung vom 07.12.2011

Der Bundesfinanzhof (BFH) hat mit Urteil vom 18. Oktober 2011 IX R 15/11 entschieden, dass Schuldzinsen als Werbungskosten abgezogen werden können, wenn eine vermögensverwaltende Personengesellschaft vom einbringenden Gesellschafter ein ursprünglich privat veranlassetes Darlehen als Gegenleistung für das von ihm eingebrachte Grundstück übernimmt. Die Schuldübernahme führt bei der Gesellschaft zu Anschaffungskosten

Zeitliche Grenze für die Dokumentation der beabsichtigten unternehmerischen Nutzung bei gemischt genutzten Gebäuden

Bundesfinanzhof, V-R-21/10, Pressemitteilung vom 07.12.2011

Mit Urteil vom 7. Juli 2011 V R 21/10 hat der BFH entschieden, dass die Vorsteuer aus den Baukosten für ein gemischt genutztes Gebäude nur abgezogen werden kann, wenn der Bauherr zeitnah entschieden und dokumentiert hat, in welchem Umfang das Gebäude unternehmerisch genutzt werden soll. Maßgeblich ist die gesetzliche Abgabefrist für die Umsatzsteuer-Erklärung (31. Mai des Folgejahres). Eine danach getroffene oder dokumentierte Entscheidung kann nicht mehr berücksichtigt werden. Mit diesem Urteil hat der BFH seine Rechtsprechung zur Einschränkung des Vorsteuerabzugs aufgrund des sog. Seeling-Modells bestätigt und ergänzt.

Anschaffungsnebenkosten auch bei unentgeltlichem Erwerb abzugsfähig

Finanzgericht Münster, 13-K-1907/10, Pressemitteilung vom 01.12.2011

Der 13. Senat des Finanzgerichts Münster hat in einem am 01.12.2011 veröffentlichten Urteil vom 25. Oktober 2011 (13 K 1907/10 E) klargestellt, dass Anschaffungsnebenkosten auch bei einem unentgeltlichen Erwerb abzugsfähig sind.

Zur Schenkungsteuerpflicht bei Ehegatten, die in Gütertrennung leben

Hessisches Finanzgericht, 1-K-3381/03, Pressemitteilung vom 05.12.2011

Eine Schenkung nach dem Erbschaft- und Schenkungsteuergesetz (ErbStG) liegt vor, wenn ein Ehegatte zu Gunsten des in Gütertrennung lebenden anderen Ehegatten auf den internen Ausgleichsanspruch hinsichtlich verschiedener Guthaben aus der steuerlichen Zusammenveranlagung verzichtet und unverzinsliche Darlehen gewährt. Das hat das Hessische Finanzgericht entschieden (Az. 1 K 3381/03).

Das Urteil vom 29.08.2011 ist noch nicht rechtskräftig. Es hat nicht für alle Ehegatten, die in Gütertrennung leben, Bedeutung, weil der persönliche Freibetrag bei Ehegatten derzeit 500.000 Euro beträgt.

Mahlzeitendienst als Zweckbetrieb bei Beschäftigung benachteiligter Personen

Thüringer Finanzgericht, 2-K-29/09, Urteil vom 29.09.2011

1. Ist ein wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb teils Zweckbetrieb, teils nicht, wird die steuerbegünstigte Gesamtrichtung also wesentlich beeinträchtigt, so ist insgesamt kein Zweckbetrieb anzunehmen.
2. Eine Betreuung, Qualifizierung und Beschäftigung benachteiligter Personen, insbesondere Langzeitarbeitsloser, mit dem Ziel einer "Wiedereingewöhnung in die Arbeit" ist gerade nur durch den Einsatz der Personen in einem Arbeitsprozess wie (im Streitfall) dem des Mahlzeitendienstes denkbar.
3. Der ganz überwiegende Einsatz benachteiligter Personen im Mahlzeitendienst und deren Betreuung ist ein sachlicher Grund für eine steuerrechtliche Begünstigung gegenüber den Wettbewerbern.

Steuerliche Behandlung von Finanzierungsanteilen der Arbeitnehmer zur betrieblichen Altersversorgung im öffentlichen Dienst

Bundesministerium der Finanzen, IV C 5 - S-2333 / 11 / 10003, Schreiben (koordinierter Ländererlass) vom 25.11.2011

Der BFH hat mit Urteil vom 9. Dezember 2010 - VI R 57/08 - entschieden, dass die Finanzierungsanteile der Arbeitnehmer, die in dem Gesamtversicherungsbeitrag des Arbeitgebers an eine kapitalgedeckte Pensionskasse enthalten sind, als Arbeitgeberbeiträge nach § 3 Nummer 63 EStG steuerfrei sind. Das BMF-Schreiben nimmt insbesondere zu Fragen der verfahrensrechtlichen Abwicklung Stellung.

Steuerliche Gewinnermittlung; Rückstellungen für Verpflichtungen, zu viel vereinnahmte Entgelte mit künftigen Einnahmen zu verrechnen (Verrechnungsverpflichtungen)

Bundesministerium der Finanzen, IV C 6 - S-2137 / 09 / 10004, Schreiben (koordinierter Ländererlass) vom 28.11.2011

Das BMF-Schreiben nimmt zur bilanzsteuerrechtlichen Behandlung von Verpflichtungen im Rahmen von Dauerschuldverhältnissen (z. B. Miet- oder Nutzungsverträge), in der Vergangenheit zu viel vereinnahmte Entgelte nicht sofort zu erstatten, sondern mit den in Zukunft zu erhebenden Entgelten zu verrechnen (Verrechnungsverpflichtungen), Stellung.

BFH hält Erstattung des Körperschaftsteuerguthabens ohne "Soli" für verfassungswidrig

Deubner Verlag, Anmerkung vom 06.12.2011

Für Kapitalgesellschaften besteht die Aussicht auf eine höhere Rückzahlung ihres Körperschaftsteuerguthabens aus der Zeit des Anrechnungsverfahrens. Es könnten 5,5 % Solidaritätszuschlag dazukommen.

Fristlose Kündigung auch noch während der Freistellung vor dem vereinbarten Ende des Arbeitsverhältnisses möglich

Hessisches Landesarbeitsgericht, 7-Sa-248/11, Pressemitteilung vom 07.12.2011

Im Falle einer schwerwiegenden Verletzung der arbeitsvertraglichen Pflichten kommt auch bei einem von der Arbeitspflicht bis zum vereinbarten Beendigungstermin freigestellten Arbeitnehmer eine außerordentliche Kündigung in Betracht.

Dies hat das Hessische Landesarbeitsgericht entschieden und damit ein Urteil des Arbeitsgerichts Frankfurt am Main abgeändert.

Erd- und Pflanzarbeiten im Garten als Handwerkerleistung

Bundesfinanzhof, VI-R-61/10, Urteil vom 13.07.2011

1. Die Steuerermäßigung für Handwerkerleistungen nach § 35a Abs. 2 Satz 2 EStG kann auch für Erd- und Pflanzarbeiten im Garten eines selbstbewohnten Hauses zu gewähren sein.
2. Insoweit ist ohne Belang, ob der Garten neu angelegt oder ein naturbelassener Garten umgestaltet wird.

Nutzung eines Büroarbeitsplatzes für Fortbildungsmaßnahmen

Bundesfinanzhof, VI-R-91/10, Urteil vom 05.10.2011

1. Steht einem Arbeitnehmer ein Büroarbeitsplatz auch für betrieblich gewünschte Fortbildungsmaßnahmen (hier Sprachkurs) zur Verfügung, schließt dies die steuerliche Berücksichtigung von Kosten für ein zur Fortbildung genutztes häusliches Arbeitszimmer aus.
2. Ob ein "anderer Arbeitsplatz" zur Verfügung steht, hängt nicht davon ab, in welchem Umfang der Arbeitnehmer die ihm am Büroarbeitsplatz zur Verfügung gestellten Arbeitsmittel nutzen darf.

Rückstellungen für Mietrückzahlungen aus der Vermietung von Kraftfahrzeugen

Bundesfinanzhof, I-R-50/10, Urteil vom 21.09.2011

1. Verpflichtet sich der Vermieter von Kraftfahrzeugen gegenüber den Mietern, das Fahrzeug zum Ende der Mietzeit zu veräußern und den Veräußerungserlös insoweit an den Mieter auszuführen, als er einen vertraglich vereinbarten, unter dem Buchwert der Fahrzeuge zum Vertragsende liegenden Restwert übersteigt, kann er für diese Pflicht rätierlich eine Rückstellung in der Höhe bilden, in der der vereinbarte Restwert unter dem Buchwert der Fahrzeuge liegt.
2. Verpflichtungen aus einem Erfüllungsrückstand sind abzuzinsen.

Vorsteuerabzug aus der Erneuerung eines asbesthaltigen Daches zwecks Installation einer Photovoltaikanlage

Finanzgericht Rheinland-Pfalz, 6-K-1963/11, Urteil vom 22.09.2011

Wird eine noch nicht erneuerungsbedürftige, jedoch asbesthaltige Dacheindeckung allein deshalb erneuert, damit auf dem Dach eine Photovoltaikanlage installiert werden darf, so sind die Vorsteuern aus der Neueindeckung des Daches insoweit abzugsfähig, als diese aus rechtlichen Gründen für die Installation der Photovoltaikanlage notwendig wurde.

Steuerliche Berücksichtigung volljähriger Kinder nach Wegfall der Einkünfte- und Bezügegenze durch das Steuervereinfachungsgesetz 2011 (BGBl. I S. 2131) ab 2012; BMF-Schreiben zu § 32 Absatz 4 EStG

Bundesministerium der Finanzen, IV C 4 - S-2282 / 07 / 0001-01, Schreiben (koordinierter Ländererlass) vom 07.12.2011

Das BMF erläutert die durch das Steuervereinfachungsgesetz 2011 neu geregelten Anspruchsvoraussetzungen für die Berücksichtigung volljähriger Kinder im Familienleistungsausgleich.

Umsatzsteuer; Beleg- und Buchnachweispflichten bei der Steuerbefreiung für Ausfuhrlieferungen und für innergemeinschaftliche Lieferungen (§§ 4 Nr. 1, 6, 6a UStG)

Bundesministerium der Finanzen, IV D 3 - S-7141 / 11 / 10003, Schreiben (koordinierter Ländererlass) vom 09.12.2011

Durch die "Zweite Verordnung zur Änderung steuerlicher Verordnungen" vom 2. Dezember 2011 (BGBl. I S. 2416) wurden die §§ 9 bis 11, 13, 17, 17a, 17b und 17c UStDV mit Wirkung vom 1. Januar 2012 geändert. Mit diesen Änderungen wurden die Beleg- und Buchnachweispflichten für Ausfuhrlieferungen an die seit 01.07.2009 bestehende EU-einheitliche Pflicht zur Teilnahme am elektronischen Ausfuhrverfahren (Artikel 787 ZK-DVO, sog. Verfahren "ATLAS-Ausfuhr") angepasst. Außerdem wurden für die Steuerbefreiung innergemeinschaftlicher Lieferungen neue Nachweisregelungen.

Entnahme einbringungsgeborener Anteile

Bundesfinanzhof, I-R-33/10, Urteil vom 12.10.2011

Der Inhaber im Betriebsvermögen gehaltener einbringungsgeborener Anteile muss keinen Entnahmegewinn versteuern, wenn er die Anteile verschenkt (entgegen BMF-Schreiben vom 25. März 1998, BStBl I 1998, 268, Tz. 21.12).

Zeitpunkt der Aktivierung zuvor vom FA bestrittener Steuererstattungsansprüche nach Ergehen der Entscheidung in einem Musterverfahren

Bundesfinanzhof, X-R-19/10, Urteil vom 31.08.2011

Umsatzsteuer-Erstattungsansprüche in Zusammenhang mit dem Betrieb von Geldspielautomaten, die vom FA bestritten worden waren, sind zum ersten Bilanzstichtag zu aktivieren, der auf die vorbehaltlose Veröffentlichung des BFH-Urteils vom 12. Mai 2005 V R 7/02 (BFHE 210, 164, BStBl II 2005, 617; Nachfolgeentscheidung zum EuGH-Urteil vom 17. Februar 2005 Rs. C-453, 462/02 - Linneweber und Akritidis -, Slg. 2005, I-1131) im BStBl II vom 30. September 2005 folgt.

Fahrtkosten von Leiharbeitern in tatsächlicher Höhe abziehbar

Finanzgericht Münster, 13-K-456/10, Pressemitteilung vom 15.12.2011

Der 13. Senat des Finanzgerichts Münster hat in einem am 15.12.2011 veröffentlichten Urteil vom 11. Oktober 2011 (13 K 456/10) entschieden, dass bei Leiharbeitern, die nur bei einem Entleiher eingesetzt werden, der Werbungskostenabzug für Fahrten zwischen Wohnung und Tätigkeitsstätte nicht auf einen Betrag von 0,30 EUR pro Entfernungskilometer begrenzt ist. Vielmehr sind Werbungskosten in Höhe der tatsächlichen Fahrtkosten zu berücksichtigen.

EU-Maßnahmenpaket zur Beseitigung der Doppelbesteuerung bei Erbschaftsteuern

DATEV Informationsbüro Brüssel, Kurzbeitrag vom 16.12.2011

Die EU-Kommission legte am 16.12.2011 eine Mitteilung, eine Empfehlung und ein Arbeitsdokument zur Beseitigung der Diskriminierung und Doppelbesteuerung bei den Erbschaftsteuern vor.

Diskriminierung und Doppelbesteuerung bei den Erbschaftsteuern entstehen u. a. durch komplexe grenzüberschreitende Situationen aufgrund unterschiedlicher nationaler Rechtsvorschriften. Die EU-Kommission identifizierte u. a. Probleme bei der Doppel- oder Mehrfachbesteuerung von grenzübergreifenden Erbschaften. So können abweichende nationale Regelungen, fehlende bilaterale Erbschaftsteuerabkommen und unangemessene nationale Maßnahmen zur Verhinderung der Doppelbesteuerung zur Folge haben, dass EU-Bürger auf dieselbe Erbschaft doppelt oder mehrfach besteuert werden.

Zufluss von Zinsen auf einem Sperrkonto

Bundesfinanzhof, VIII-R-10/08, Urteil vom 28.09.2011

Betreibt ein Steuerpflichtiger aus einem Urteil die Zwangsvollstreckung gegen Erbringung einer selbstschuldnerischen Bankbürgschaft und vereinbart er mit der Bank als Sicherheit für die Bürgschaft die Hinterlegung des erstrittenen Geldbetrags auf einem verzinslichen Sperrkonto, so fließen ihm die Zinsen im Zeitpunkt der jeweiligen Gutschrift auf dem Sperrkonto zu.

Keine Anwendung der 1 %-Regelung bei Fahrten zwischen Wohnung und regelmäßiger Arbeitsstätte

Bundesfinanzhof, VI-R-56/10, Pressemitteilung vom 28.12.2011

Mit Urteil vom 6. Oktober 2011 VI R 56/10 hat der Bundesfinanzhof (BFH) entschieden, dass die 1 %-Regelung (§ 8 Abs. 2 Satz 2 EStG) nicht anwendbar ist, wenn der Arbeitnehmer ein betriebliches Fahrzeug lediglich für betriebliche Zwecke sowie für die Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte nutzt.

Überlässt der Arbeitgeber dem Arbeitnehmer unentgeltlich oder verbilligt einen Dienstwagen auch zur privaten Nutzung, führt dies nach der ständigen Rechtsprechung des Senats zu einem steuerbaren Nutzungsvorteil des Arbeitnehmers, der als Arbeitslohn zu erfassen ist. Der Vorteil ist entweder anhand des Fahrtenbuchs oder, wenn ein Fahrtenbuch nicht geführt wird, nach der 1 %-Regelung zu bewerten.

Grunderwerbsteuerbarer Erwerb eines Gesellschaftsanteils an Grundstücks-GbR

Bundesfinanzhof, II-R-64/09, Urteil vom 23.11.2011

Die Übertragung eines Anteils an einer Grundstücks-GbR, der mit einer besonderen Berechtigung an einer der Gesellschaft gehörenden Wohnungseinheit verbunden sein soll, unterliegt der Grunderwerbsteuer nach § 1 Abs. 1 Nr. 1 GrEStG i.V.m. § 42 AO jedenfalls dann nicht, wenn die auf Begründung eines Anspruchs auf Übereignung einer bestimmten Wohnungseinheit gerichteten Vereinbarungen mangels notarieller Beurkundung nichtig sind.

Finanzgericht Köln gewährt Splittingtarif für Lebenspartnerschaft

Finanzgericht Köln, 4-V-2831/11, Pressemitteilung vom 28.12.2011

Eingetragene Lebenspartner sind bis zu einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts im Rahmen der Lohn- und Einkommensteuer vorläufig wie Ehegatten zu behandeln. Dies entschied der 4. Senat des Finanzgerichts Köln in seinem Beschluss vom 7. Dezember 2011 (4 V 2831/11).

Die Partner einer Lebenspartnerschaft wollten auf ihren Lohnsteuerkarten unter Anwendung des sog. Faktorverfahrens die Steuerklasse IV eingetragen haben, was nach der aktuellen gesetzlichen Regelung nur Ehegatten vorbehalten ist. Das Finanzgericht Köln verpflichtete das Finanzamt, die begehrte Lohnsteuerklasse einzutragen. Der 4. Senat stützte sich dabei im Wesentlichen auf die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 21. Juli 2010 (1 BvR 611/07) zur Erbschaftsteuer. Der 4. Senat hält es für möglich, dass auch das Einkommensteuerrecht insoweit verfassungswidrig ist, als es zwischen Ehe und eingetragener Lebensgemeinschaft differenziert.

Urlaubsansprüche gehen bei durchgehender Arbeitsunfähigkeit spätestens 15 Monate nach Ende des Urlaubsjahres unter und sind bei einer späteren Beendigung des Arbeitsverhältnisses nicht abzugelten

Landesarbeitsgericht Baden-Württemberg, 10-Sa-19/11, Pressemitteilung vom 28.12.2011

Der Kläger war von 2006 bis zum Ausscheiden aus dem Arbeitsverhältnis am 30. November 2010 arbeitsunfähig erkrankt. Er begehrt die Abgeltung von Urlaubsansprüchen der Jahre 2007 bis 2009. Das Landesarbeitsgericht hat dem Kläger Abgeltungsansprüche für das Jahr 2009 zugesprochen. Es hat entschieden, dass Urlaubsansprüche aus den Jahren 2007 und 2008 zum Zeitpunkt des Ausscheidens bereits verfallen waren.

Entscheidungsreporte

Steuerpflicht von Erstattungsinsen zweifelhaft

Der 2. Senat des Finanzgerichts Münster hat mit Beschluss vom 27. Oktober 2011 (2 V 913/11 E) ernstliche Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit der durch das Jahressteuergesetz 2010 vom 8. Dezember 2010 in § 20 Abs. 1 Nr. 7 Satz 3 EStG rückwirkend angeordneten Besteuerung von Erstattungsinsen nach § 233a AO geäußert. Zweifel bestünden nicht nur im Hinblick auf das Rückwirkungsverbot. Der Gesetzgeber hätte nach Ansicht des Gerichts zudem eine umfassende Neuregelung der steuerlichen Behandlung von Erstattungs- und Nachzahlungsinsen schaffen müssen. Siehe dazu auch die Pressemitteilung Nr. 14 vom 18. November 2011. **Wirksame Zahlungsanweisung durch Angabe einer Kontonummer in der Steuererklärung**

Mit Urteil vom 15. November 2011 (11 K 2203/10 AO) hat der 11. Senat des Finanzgerichts Münster entschieden, dass das Finanzamt eine Steuererstattung nicht vom Kontoinhaber zurückfordern darf, wenn der nicht mit dem Kontoinhaber identische Steuerpflichtige diese Kontonummer in seiner Einkommensteuererklärung angegeben hatte.

Der geschiedene Ehemann der Klägerin hatte auf dem Mantelbogen seiner Einkommensteuererklärung die Kontonummer der Klägerin angegeben und angekreuzt, dass er der Kontoinhaber sei. Das Finanzamt erließ den Einkommensteuerbescheid und überwies die sich daraus ergebende Steuererstattung auf das angegebene Konto. Einen Tag später teilte der Ehemann dem Finanzamt seine Kontonummer mit. Daraufhin forderte das Finanzamt den erstatteten Betrag von der Klägerin gemäß § 37 Abs. 2 AO zurück. Hiergegen wendete sich die Klägerin mit der Begründung, dass eine wirksame Anweisung zur Zahlung auf ihr Konto vorgelegen habe.

Das Gericht gab der Klägerin Recht. Die Angabe der Kontonummer in der Steuererklärung stelle eine wirksame Zahlungsanweisung und damit einen Rechtsgrund für die Überweisung dar. Zum notwendigen Inhalt einer Zahlungsanweisung gehöre nicht die Angabe des Namens des Kontoinhabers. Die erst nach der Überweisung erfolgte Angabe der anderen Bankverbindung wirke nur für die Zukunft. Eine Anfechtungserklärung könne hierin nicht gesehen werden, da nicht erkennbar sei, dass die bisherige Zahlungsanweisung von Anfang an habe beseitigt werden sollen. Zudem sei kein Anfechtungsgrund in Form eines Irrtums gegeben, da davon auszugehen sei, dass der Ehemann die von einem Steuerberater vorbereitete Steuererklärung ohne Überprüfung der